

GISELA NEUNHÖFFER

Die liberale Konterrevolution – neoliberale Think Tanks in Polen

Während im Westen die Transformation in Osteuropa oftmals als neo-liberales Modellprojekt verstanden und Polen als Vorreiter der Schocktherapie zitiert wird, gestaltet sich das Bild weniger eindeutig, wenn man Neoliberale in Osteuropa selbst befragt¹. Während *Bronisław Lagowski* sein Buch über die Transformation in Polen »Liberale Konterrevolution« betitelt², klagt *Donald Tusk* 1998 in einem Artikel für die Wochenzeitung *wprost*, daß der Anfangselan des »Balcerowicz-Plans« nur allzu schnell enger Interessenpolitik, Bürokratisierung, Korruption und vor allem exzessiven staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gewichen sei³. Zu retten sei das Land nur durch eine neue Welle des Liberalismus, eine gemeinsame Anstrengung zur Umsetzung von (liberalen) Reformplänen über Parteigrenzen hinweg.

Da die diagnostizierten Probleme, sowohl in bezug auf ihre Ursache als auch auf ihre Gestalt, in den achtziger Jahren entstanden seien, findet *Tusk* auch die Gegenstrategie in den Achtzigern: Die Rückkehr zum Heroismus der »Totengräber des Kommunismus« wie *Mazowiecki*, *Balcerowicz*, *Bielecki* und *Lewandowski*.

Ist also in Wirklichkeit alles ganz anders? Droht das Schreckgespenst der Neoliberalen – die Rückkehr des Sozialismus? Um die Rolle neoliberaler Ideologen und die Genese ihrer Institutionen in der polnischen Transformation zu verstehen, lohnt es sich ein wenig zurück zu blicken.

Die Wiege der polnischen Neoliberalen in den achtziger Jahren

In der Tat kann das Inkrafttreten der Gesetze, die zusammengenommen den Titel *Balcerowicz-Plan* verliehen bekamen, als die Sternstunde der polnischen Neoliberalen am Jahreswechsel 1989/1990 bezeichnet werden. Scheinbar aus dem Nichts traten plötzlich Ökonomen und Politiker auf, die nicht nur vehement eine radikale Wende zum Kapitalismus forderten, sondern offenbar auch ein Patentrezept zur Umsetzung hatten. Doch auch Neoliberale fallen nicht vom Himmel. Die Wurzeln des polnischen Neoliberalismus liegen in den späten siebziger, vor allem aber in den achtziger Jahren.

In den vielfältigen Diskussionen darüber, wie die wiederkehrenden Versorgungskrisen der polnischen Wirtschaft überwunden werden könnten, bildeten sich damals Grüppchen von Oppositionellen, die nicht (mehr) an eine Reformierbarkeit (oder Revolutionierbarkeit) des Sozialismus sowjetischer Prägung glaubten und zunehmend radikalere Vorschläge in Richtung marktwirtschaftlicher Umgestaltung zu machen begannen. Zwar war die Forderung nach Einführung von Markt-

Gisela Neunhöffer – Jg. 1972, M.A. studierte Osteuropastudien, Politik- und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität und an der Humboldt-Universität zu Berlin, zur Zeit assoziierte Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin

1 Zwei Einschränkungen gleich zu Beginn: Erstens: Der Begriff des Neoliberalismus kann hier nicht ausführlich diskutiert werden. Zum neoliberalen Spektrum werden im vorliegenden Text Institutionen und Personen gerechnet, die sich selbst so bezeichnen oder die sich positiv auf die Vordenker des Neoliberalismus wie Milton Friedman, Friedrich A. von Hayek u. a. beziehen. Inhaltlich können die starke Betonung individueller (ökonomischer) Freiheit (methodologischer Individualismus und Unterstellung des Menschen als Nutzens-

maximierer *homo oeconomicus*) in Verknüpfung mit Privateigentum sowie die Forderung nach uneingeschränktem Wirken von Markt, Konkurrenz und freiem Unternehmertum, die Kritik am Staat als (Um) Verteilungsinstanz/Sozialstaatsfeindlichkeit und seine funktionale Beschränkung auf den Rechtsstaat als Elemente der Einordnung dienen.

Zweitens: Eine umfassende Einschätzung der polnischen Transformation kann und will das Papier nicht leisten. Es soll vielmehr Entstehung und Institutionalisierung des polnischen Neoliberalismus beleuchten.

2 Bronisław Łagowski: *Liberalna kontrrewolucja*, CAS, Warszawa 1994.

3 Donald Tusk: *Toast za naiwność. Czy z Gdańska popłynie druga fala liberalizmu?* In: *wprost*, Nr. 837, vom 13. Dezember 1998, vgl. [http://195.94.213.117/12.13.1998\(837\)/s30.htm](http://195.94.213.117/12.13.1998(837)/s30.htm)

4 Vgl. »Das bisherige System funktioniert nicht« in: *die tageszeitung: Polen* – »Euch den Winter, uns den Frühling«, Berlin o.J. (vermutlich 1982) S. 54ff.

5 Donald Tusk (1991): *Przedmowa*, in: Janusz Lewandowski: *Neoliberalowie wobec Współczesności*, Gdynia, Wydawnictwo Atext, S. 5 (Übersetzung aus dem Polnischen hier und in folgenden Zitaten von mir G.N.).

elementen unter verschiedenen Namen wie zum Beispiel »Marktsozialismus« ein wiederkehrendes Element des Reformdiskurses in Polen. 1980/81 gab es in der *Solidarność*-Bewegung eine Gruppe von (Arbeiter)Theoretikern, die ein weitreichendes Programm für ein marktwirtschaftliches System entwarf, das aber nicht breiter diskutiert wurde⁴. Einen wichtigen Platz darin nahm jedoch noch die Arbeiterselbstverwaltung ein. Es kann also keinesfalls als »neoliberal« bezeichnet werden. Schon damals offenbarte sich, daß die *Solidarność* aus Vertretern vieler verschiedener, hochgradig widersprüchlicher Positionen zusammengesetzt war. In ihr mischten sich sozialistische, nationalistische, liberale und konservativ-christliche Strömungen. Das Verbindende dieser Opposition war der gemeinsame Widerstand gegen das schwächer werdende Regime unter der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik und deren Folgen sowie am bürokratischen Sozialismus. Im oppositionellen Diskurs mischten sich verschiedene Elemente alternativer Gesellschaftskonzepte, wie Forderungen nach einem anderen – selbstverwalteten – Sozialismus, nach bürgerlichen Freiheitsrechten, nach ökonomischem Liberalismus, nach ökonomischer Unabhängigkeit (von der UdSSR) und nach politischer Demokratie.

Während sich jedoch ein Großteil der Opposition auf die Forderung nach Gewährleistung politischer Freiheitsrechte konzentrierte, setzten die entstehenden neoliberalen Zirkel ihre Kritik am Sozialismus im ökonomischen Bereich an und grenzten sich auch zunehmend von Strömungen in der Opposition ab, die aus ihrer Sicht von sozialistischem Gedankengut infiltriert waren.

Neoliberale Positionen waren zu diesem Zeitpunkt in der oppositionellen Bewegung sicher nicht mehrheitsfähig, doch konnten diejenigen, die in zunehmendem Maße neoliberale Konzepte verinnerlichten, als Teil dieser Bewegung, die sich nach der Verhängung des Kriegsrechts im Untergrund reorganisierte, deren vielfältige Strukturen nutzen. So verbreiten sie über den »zweiten Umlauf«, das heißt über die (illegale) Publikation von unzensierten Schriften, ihre Ideen und gleichzeitig waren sie in vielfältigen Diskussionsstrukturen präsent. Vor allem Gdańsk entwickelte sich zu einem wichtigen Zentrum (neo)liberalen Denkens. 1983 erschien dort im Untergrund die erste liberal orientierte Zeitschrift *Przegląd Polityczny*, die unter anderem von *Donald Tusk* herausgegeben wurde. Ein Jahr später konnte auch der spätere Privatisierungsminister *Janusz Lewandowski* für die Mitarbeit gewonnen werden. *Tusk* beschreibt das erste Treffen mit *Lewandowski* begeistert:

»Es zeigte sich, daß er und seine Freunde, vor allem *Jan Szomburg*, das, was wir mit großem Aufwand entdeckt hatten, seit vielen Jahren studierten. Im Laufe des Treffens schlug er vor, die Präsentation eines Zyklus von Darstellungen der wichtigsten Neoliberalen und von Übersetzungen von Teilen ihrer Werke zu beginnen. Die Magie der Namen Hayek, Mises und Aron hatte uns schon früher gepackt, aber der schwierige Zugang zu ihren Arbeiten und die Sprachbarriere begrenzten ernsthaft unsere Versuche, ihre Werke auf den Seiten des *Przegląd* zu verbreiten.«⁵

In den achtziger Jahren wurde die Forderung nach Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems vor allem auch von jenen erhoben,

die nach den Repressionen von 1981 keine Arbeit mehr im staatlichen Sektor bekamen und sich im entstehenden privaten Sektor eine neue Lebensgrundlage schufen. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine offenen institutionalisierte neoliberale »Schule« in Polen, aber es bildeten sich Personennetzwerke und Diskussionszusammenhänge heraus, die sich auf neoliberale Vordenker bezogen und sich – zumindest rückblickend – auch selbst als Neoliberale bezeichnen. Später konnten sich einige von ihnen auch in offiziellen Forschungs- und Bildungseinrichtungen etablieren. Spätestens seit den achtziger Jahren unterhielten diese Netzwerke auch rege Kontakte ins westliche Ausland, was sich auch an Forschungsaufenthalten (zum Beispiel von *Leszek Balcerowicz* in Sussex und Marburg) zeigt. Diese Kontakte wurden zum Teil auch über polnischstämmige Wissenschaftler in westlichen Ländern organisiert.

Die erste institutionalisierte, offen prokapitalistische Gruppe wurde am 2. Dezember 1988 in Warschau gegründet: die *Akcja Gospodarcza* (Wirtschaftsaktion). Diese Dachorganisation verschiedener lokaler Gruppen für freies Unternehmertum vertrat offen und radikal Forderungen nach Einführung des freien Marktes und des Privateigentums an Produktionsmitteln. Sie verstand sich selbst als »unabhängige Autorität«, die sich über Einflußnahme auf Regierung und Gesellschaft für ein »natürliches effektives Wirtschaftssystem« einsetzen wolle und als Vertreter der Interessen und Ansichten der »schweigenden Mitte«. Mit Analysen der jeweiligen Reformpolitiken und konkreten Vorschlägen wollte die *Akcja Gospodarcza* einen »evolutionären, aber nicht begrenzten Reformprozeß« vorantreiben⁶. In einer der weiteren Verlautbarungen forderte die Gruppe unter anderem die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller (privaten und staatlichen) Wirtschaftssubjekte, die Öffnung aller Wirtschaftssphären für Privatunternehmen (bis dahin war privatwirtschaftliches Unternehmertum nur in einigen Segmenten der polnischen Wirtschaft zulässig), die Gleichstellung in- und ausländischen Kapitals, Preis-, Währungs- und Zinsliberalisierung, Liberalisierung von Finanz- und Wohnungsmärkten, Budgetkürzungen, eine Steuerreform usw.: »Das ist unserer Meinung nach ein Minimalprogramm, das sofort ins Leben gerufen werden sollte. Die beschriebenen Veränderungen sind unbedingt notwendig für den unausweichlichen Beginn eines Prozesses der Formierung eines tatsächlichen Marktsystems in Polen, und ohne sie werden alle sogenannten Reformtätigkeiten nur scheinbare Veränderungen sein, die als Elemente des politischen Spiels angesehen werden müssen, und nicht als ein Ausdruck des authentischen Willens, der wirtschaftlichen Katastrophe des Landes zu entgehen.«⁷

Zu diesem Zeitpunkt wurden die ideologischen Unterschiede im *Solidarność*-Lager auch praktisch bedeutsam, wobei die Hardliner der *Akcja Gospodarcza* für radikale Reformen ohne Rücksichtnahme auf – nach ihrer Meinung »kurzfristige« – soziale Härten eintraten, während andere Teile der *Solidarność* zum Beispiel von der *Financial Times* als »more social-democratic« bezeichnet wurden.⁸ Auseinandersetzungen wurden unter anderem darüber geführt, ob bei Liberalisierung der Preise die Lohn- an die Preisentwicklung gekoppelt werden solle, was von *Akcja Gospodarcza* als inflationstreibend abgelehnt wurde. An anderer Stelle artikuliert die Gruppe ihr entschiedenes Mißtrauen dagegen,

6 Vgl. die erste Erklärung der Gruppe, dokumentiert vom Adam-Smith-Zentrum unter <http://www.adam-smith.pl/ocentrum/akcja/html> (zitiert am 12. Oktober 2000)

7 Vgl. www.adam-smith.pl/ocentrum/0s2.html (zitiert am 12. Oktober 2000).

8 Vgl. *Financial Times*, Wed. February 8 1989, <http://www.adam-smith.pl/ocentrum/ft.1.html>

Arbeitern aus der *Solidarność*-Basis größere Macht in Wirtschaftsfragen einzuräumen. Im Zuge der Reformen gelang es ihren Vertretern, im Kampf um die Neuverteilung der Macht Schlüsselpositionen zu besetzen. Für die Parlamentswahlen im Spätsommer 1989, bei denen ein Drittel der Abgeordneten frei wählbar war, gelang es zum Beispiel *Andrzej Machalski*, einem führenden Mitglied der *Akcja Gospodarcza*, als Leiter des *Solidarność*-Wahlkampfes verschiedene Kampfgenossen auf die Kandidatenliste für das Parlament zu hieven.

Die Sternstunde der Neoliberalen – der Balcerowicz-Plan

Der überwältigende Erfolg der *Solidarność* bei den Wahlen von 1989 ebnete den Weg für die Bildung der ersten von der *Solidarność* geführten Regierung unter *Tadeusz Mazowiecki*. Die Berufung von *Leszek Balcerowicz*, eines bis zu diesem Zeitpunkt weithin unbekanntem Wirtschaftswissenschaftlers, zum Finanzminister und Vizepremier war Ausdruck der Entscheidung, Ernst zu machen mit der radikalen Umgestaltung des Wirtschaftssystems. Andere Kandidaten, die vorher für den Posten im Gespräch waren, aber ablehnten – wie beispielsweise *Cezary Józefiak*, heute Vorsitzender des Adam-Smith-Zentrums, der Nachfolgeorganisation der *Akcja Gospodarcza* und einer der radikalsten neoliberalen Think Tanks in Polen –, vertraten grundsätzlich ähnliche Positionen.

Gestützt auf den Rückhalt aus der *Solidarność* für die »eigene« Regierung und die Bereitschaft der Bevölkerung, kurzfristig den Gürtel enger zu schnallen, um langfristig eine Verbesserung der ökonomischen Lage zu erzielen, ausgestattet mit weitgehenden Kompetenzen innerhalb der Regierung, konnten *Balcerowicz* und sein Team innerhalb kürzester Zeit ein Gesetzespaket ausarbeiten und implementieren, das einen »Kapitalismus nach Design« schaffen sollte (den später so genannten »Balcerowicz-Plan«). Der Markt war dabei Mittel und Ziel, und die drei – nicht neu erfundenen, aber in den Jahren danach vom mainstream der Transformationsforschung gebetsmühlenartig wiederholten – Grundsätze des Programms waren Liberalisierung, Stabilisierung und Privatisierung.

Gestützt war dieses Programm vor allem auf die neoliberalen Lehren der Chicagoer Schule, aus deren Reihen *Jeffrey Sachs* in der Region in den nächsten Jahren zu berühmter Berühmtheit gelangte. Der langjährige *Solidarność*-Aktivist *Karol Modzetewski*, einer der wenigen, die im Parlament gegen den *Balcerowicz-Plan* stimmten und die *Solidarność* im weiteren von links kritisierten, schrieb zu der Frage, ob diese Politik der polnischen Regierung von außen – insbesondere vom Internationalen Währungsfonds (IWF) – aufgezwungen worden sei: »Keine fremde oder eigene Macht hat die Führer unserer Wirtschaft dazu gezwungen. Sie übernahmen einfach mit großem Eifer dieselbe Wirtschaftsphilosophie, die in den Beratungs- und Leitungsgremien des IWF herrscht ... Dabei ... hatten die Begründer der neoliberalen Ökonomie nichts mit den Problemen des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft zu tun, sie mußten darüber nicht nachdenken und hatten in dieser Frage keinerlei Antworten parat. Wenn sie sich für die sozialistische Ökonomie interessierten, so nur um festzustellen, daß sie nicht an die marktliberale heranreiche, aber nicht um einen Weg zu finden, wie sie umzubauen sei. Das ist ein guter Ansatz für Ideologie und

Propaganda, aber nicht für die Wirtschaftspolitik. (...) Die Gründe, warum die siegreiche Solidarność sich diesen Blickwinkel aneignete, sind sicherlich schwer zu bestimmen, aber ich würde an erster Stelle die komplette programmatische Ratlosigkeit in Wirtschaftsfragen nennen ... Wesentlich stärker als der Einfluß von USA, IWF oder den Europäischen Gemeinschaften war ... die Abhängigkeit der polnischen Eliten von den in diesem Moment im Westen herrschenden Denkströmungen zu spüren.«⁹

Den neoliberalen Schocktherapeuten war dabei durchaus bewußt, daß sie nur begrenzt Zeit hatten, die eingeleiteten Reformen so weit zu treiben, daß sie unumkehrbar waren. Wiederholt berichten Vertreter neoliberaler Konzepte selbst, daß Ende der achtziger Jahre zwar die Kritik am bürokratischen Sozialismus immens, die Schlußfolgerung einer Abkehr vom Sozialismus jedoch bei weitem nicht so verbreitet war. Darüber hinaus waren zumindest einige derjenigen, die den ›Big Bang‹ konzipierten, sich sehr wohl der Stoßrichtung dieser Reformen, nämlich die Verringerung von Arbeiterrechten und des allgemeinen Lebensstandards, bewußt.

In der Tat wuchs der Widerstand gegen die Zumutungen der Schocktherapie in der folgenden Zeit stark an und führte letztlich dazu, daß *Balcerowicz* im Herbst 1991 aus der Regierung ausschied. Die kurze Sturm- und Drangphase des polnischen Neoliberalismus war damit zunächst beendet, das ›window of opportunity‹ hatte sich wieder geschlossen. Vom »war of movement« gingen die neoliberalen Zirkel wieder zum »war of position« (*Gramsci*) über. Die institutionellen Grundlagen dafür hatten sie unter anderem mit der Gründung verschiedener Think Tanks gelegt.

Think Tanks als ›Infrastruktur‹ – die Neoliberalen in den Neunzigern

Im allgemeinen wird die Entstehung von Think Tanks in Osteuropa – analog zur Übertragung anderer Institutionen westlicher repräsentativer Demokratie – zumeist als Teil einer Normalisierung beschrieben. Interessant scheint aus diesem Blickwinkel vor allem, ob die osteuropäischen Institute – nach Anschubfinanzierung aus dem Westen – auf eigenen Beinen stehen können, und ob sich die Landschaft politikberatender Wissenschaftseinrichtungen eher nach amerikanischem Muster (parteionabhängig, privat finanziert) oder nach deutschem Modell (parteinahe, öffentlich finanzierte Stiftungen) gestaltet. Daß Think Tanks nicht als ›reine‹ Expertengremien, sondern mehr oder weniger explizit auch als ›infrastrukturelle‹ Ressource für bestimmte ideologische beziehungsweise politische Strömungen stehen, wird zwar thematisiert, im wesentlichen aber nicht problematisiert. So unterscheidet *Struyk* (1999) zwar zwischen mehr oder weniger *advocacy*-orientierten und forschungsorientierten Instituten, macht aber keine Angaben über die jeweilige politische Verortung der von ihm untersuchten Think Tanks.

Betrachtet man jedoch jene vier polnischen Think Tanks, die in der Presse als *die* unabhängigen Wirtschaftsinstitute zitiert werden, ist festzustellen, daß alle vier eine sehr klar marktliberale Position vertreten. Dabei handelt es sich um das *Centrum im. Adama Smitha* (CAS – Adam-Smith-Zentrum), das *Centrum Analiz Ekonomiczno-Społecznych* (CASE – Zentrum für ökonomisch-gesellschaftliche Analysen), das *Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową* (IBnGR – Institut für

9 Karol Modzetewski: *Dokąd od komunizmu*, Warszawa 1993, S. 27ff. (Übersetzung – G.N.) Dennoch bleibt festzuhalten, daß jede andere Politik wesentlich mehr Schwierigkeiten damit gehabt hätte, vom IWF (und anderen westlichen Kreditagenturen) akzeptiert zu werden – angesichts einer Außenverschuldung von 49 Milliarden US-Dollar (1991) kein schwaches Argument. Auch die Schuldenumstrukturierung und teilweise Streichung für Polen 1991 war von den westlichen Geldgebern eindeutig politisch motiviert, um den Erfolg des Modell-Transformationslandes Polen abzusichern.

marktwirtschaftliche Forschungen) sowie das *Niezależny Ośrodek Badań Ekonomicznych* (NOBE – Unabhängiges Zentrum für Wirtschaftsforschung). Gegründet wurden sie alle zwischen 1989 und 1992.

Das erste solche Institut in Mitteleuropa überhaupt war (nach eigenen Angaben) das Adam-Smith-Zentrum in Warschau, das im September 1989 von Mitgliedern der *Akcja Gospodarcza* ins Leben gerufen wurde. Eine der ersten Aktivitäten des Zentrums war die Organisation einer internationalen Konferenz »liberal orientierter Ökonomen« im November desselben Jahres, die sich positiv-kritisch mit dem Balcerowicz-Plan auseinandersetzte und detaillierte Empfehlungen gab. Damit werden auch zwei der Hauptfunktionen der Kontakte ins Ausland sichtbar: Einerseits geht es darum, Beratungstätigkeit zu leisten, andererseits sollen mit dem Prestige beispielsweise einer internationalen Konferenz die eigenen Positionen in der innenpolitischen Auseinandersetzung gestärkt werden.

Im weiteren definierte es das Zentrum als eine seiner Hauptaufgaben, die durch ein halbes Jahrhundert hindurch geformten »sozialistischen Gewohnheiten und Vorstellungen über die Wirtschaft« in der Bevölkerung zu überwinden. Zu diesem Zweck startete das Institut zum Beispiel 1992 eine Aufsatzserie mit dem Titel »Mythen der Wirtschaft«, die in vielen Zeitungen und Zeitschriften gedruckt wurde. Einen ähnlichen Erfolg hatte die Radiosendung »Das große Lexikon des Kapitalismus«, in der Grundbegriffe der neuen Wirtschaftsordnung in der Lesart des Zentrums vorgestellt wurden.¹⁰ Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Interviews beziehen die – über 50 – Mitarbeiter des Zentrums Stellung zu Themen wie konjunktureller Entwicklung, Privatisierung, Steuersystem, Rentenreform (wobei vor allem das chilenische Modell favorisiert wird), politisches System, innere und äußere Sicherheit und anderen makroökonomischen Fragen. Mit solchen öffentlichkeitswirksamen Strategien erreichte das Zentrum einen solchen Bekanntheitsgrad, daß 1998 zehn Prozent der polnischen Bevölkerung der Name des Instituts ein Begriff war.

Seine Finanzierung bezieht das Zentrum teils vom Staat (Komitee für wissenschaftliche Forschungen), teils von ausländischen Institutionen, wie der US-amerikanischen Quasi-Regierungsorganisation CIPE (Center for International Private Enterprise), aber auch von der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die internationalen Kontakte des Adam-Smith-Zentrums zeigen, daß nicht nur die Finanzierung zumindest in den Anfangsjahren für polnische Think Tanks zu weiten Teilen aus dem Westen kam, sondern daß intensive Personennetzwerke bestehen. In diesem Fall läuft die Verflechtung insbesondere über die *Mont-Pèlerin-Society* (MPS)¹¹ – von den 15 Mitgliedern des internationalen Programmrates des Zentrums sind mindestens acht Mitglieder dieser Gesellschaft, so auch einer der Mitbegründer des Zentrums, *Jan Winiecki*. Daher ist es auch kein Zufall, daß sich auf der Publikationsliste des CAS neben neuen polnischen Werken zur Transformationspolitik vor allem Übersetzungen von MPS-Autoren finden – angefangen von *Milton Friedmans* »Kapitalismus und Freiheit« über *Gwartney/ Stroup* »Was jeder über Wirtschaft wissen sollte« bis hin zu Büchern von *Raymond Aron* und *Alvin Rabushka*. Außerdem ist das Zentrum Teil des »Economic Freedom Network«.

10 Inzwischen ist auch ein entsprechendes Buch erschienen: Jacek Fedorowicz: *Wielka Encyklopedia Kapitalizmu* (CAS), Warszawa 1997.

11 Zur Mont-Pèlerin-Society vgl. Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus*, in: *Prokla* Nr. 115, Juni 1999, sowie Projektgruppe »Buena Vista Neoliberal?« (Dieter Plehwe, Bernhard Walpen, Jürgen Nordmann): *Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- bzw. Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation*, <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Stiftung/Bereiche/Forschung/index.htm>.

Das Zentrum für ökonomisch-gesellschaftliche Analysen (CASE) ist ein weiteres der großen Wirtschaftsinstitute mit über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es befaßt sich mit Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, ist aber vor allem auf die konkrete Politik- und Organisationsberatung ausgerichtet. In seiner Selbstdarstellung heißt es: »Die Idee, die uns beseelte, war, eine unabhängige Forschungsinstitution zu schaffen, die ihr Wissen an die mit dem Umbau der Wirtschaft befaßten Politiker weitergeben könnte. Die staatlichen wissenschaftlichen Institute waren damals völlig unvorbereitet auf die intellektuellen Anforderungen, die sich nach dem Fall des Kommunismus ergaben.«¹²

Dabei handelt es sich nicht um irgendwelche Politiker. Vorsitzender des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Rates der Stiftung ist *Leszek Balcerowicz*, für den CASE (neben seiner Position als Professor an der renommierten *Główna Szkoła Handlowa* in Warschau) das intellektuelle Hinterland und den Rückzugsraum in Zeiten bildet, in denen seine Tätigkeit in politischen und/oder öffentlichen Ämtern (zuletzt als Finanzminister von November 1987 bis Juni 2000 sowie bis Herbst 2000 als Vorsitzender der *Unia Wolności*, aktuell als Chef der Nationalbank) nicht gefragt ist. Der vielfach mit Preisen und Ehrendoktorwürden dekorierte *Balcerowicz*¹³ ist andererseits auch das Zugpferd von CASE, so daß das Zentrum im Jahresbericht 1999 einen für polnische Verhältnisse beträchtlichen Haushalt von 6,1 Millionen US-Dollar ausweisen konnte. Über die Hälfte davon stammt aus dem Ausland, davon wiederum ein großer Teil von Regierungsorganisationen, vor allem von der *United States Agency for International Development* (USAID). Andere Geldgeber sind unter anderen konservative Einrichtungen wie die Ford Foundation, die Konrad-Adenauer-Stiftung, sowie die polnischen Ableger der Soros-Stiftung, die *Fundacja im. Stefana Batorego*. Bezeichnend ist, daß die in Polen eingeworbenen Mittel überwiegend von Unternehmen beziehungsweise von Einzelpersonen stammen. Darunter sind sowohl polnische Unternehmen, insbesondere Banken, als auch Filialen westlicher Konzerne, wie zum Beispiel die Westdeutsche Landesbank Polska S.A.

Einen wichtigen Teil seiner Arbeit sieht CASE in der weiteren Verbreitung der »liberalen Konterrevolution« über polnische Landesgrenzen hinaus. Das Institut unterhält Filialen in Kyrgistan, Georgien und der Ukraine, führt Beratungstätigkeiten in Moldawien, Rumänien und Rußland durch. Gute Bekannte aus alten Schocktherapiezeiten sind die russischen »Radikal«-Reformer *Anatoli Chubais* und *Jegor Gajdar*, beide sind Mitglieder im wissenschaftlichen Rat, letzterer veröffentlichte mehrfach Arbeitspapiere bei CASE.

Auch das dritte große Institut im Bunde, das Institut für marktwirtschaftliche Forschungen (IbnGR) in Gdańsk (mit einer Filiale in Warschau) hat mindestens einen ehemals zentral für die Systemtransformation verantwortlichen Politiker in seinen Führungsgremien, den schon erwähnten ehemaligen »Minister für die Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen« (sprich: Privatisierung) und MPS-Mitglied *Janusz Lewandowski*. 1989 veröffentlichte er mit »Neoliberalowie wobec współczesności« eine schon früher angedachte Einführung in das Denken neoliberaler Klassiker. Zusammen mit *Jan Szomburg*, heute Vorsitzender des Stiftungsrates des IbnGR, erarbeitete er Anfang der neunziger Jahre Transformations- und Privatisierungsszenarien.

12 <http://www.case.com.pl/naszahis/his.html>(zitiert am 30. Oktober 2000).

13 Unter anderem erhielt *Balcerowicz* 1992 den Ludwig-Erhard-Preis der gleichnamigen Stiftung, wurde von *Euro money* zum Finanzminister des Jahres 1998 ernannt, wurde 1999 mit dem »Transatlantic Leadership Award« ausgezeichnet und erhielt den internationalen »Friedrich-August-von-Hayek-Preis« 2000.

Das IBnGR ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, von 18 Beschäftigten bei einem Budget von 400.000 US-Dollar (1992) auf 59 Mitarbeiter mit 2.000.000 US-Dollar (1997). Dabei ist der Anteil der Finanzierung aus dem Ausland von 67 Prozent auf 25 Prozent zurückgegangen. Mit diesen Ressourcen kann das Institut eine Vielzahl von Themen bearbeiten, von der Privatisierung über finanzielle und territoriale Dezentralisierung, Rentenreform, Steuerreform, makroökonomischen Prognosen bis hin zu sektoralen Analysen. Mit den Ergebnissen tritt das Institut an politische Führungskräfte, Beamte, Journalisten, Wissenschaftler und die breite Öffentlichkeit heran und erreicht so jährlich über 500 Erwähnungen in den Massenmedien.

Diese drei Institute sind über Projektkooperationen, persönliche Netzwerke und zum Teil über Personen miteinander verknüpft. Dies gilt vielleicht etwas weniger für das Unabhängige Zentrum für Wirtschaftsforschung (NOBE), ein etwas später gegründetes Institut für Wirtschaftsprognosen, dessen Gründer vor allem aus dem Kreis ehemaliger Berater von Weltbank und Europäischer Entwicklungsbank stammen.

Eine weitere, ziemlich kleine, aber international relativ gut vernetzte Einrichtung ist das *Instytut Liberalno-Konserwatywny* (ILK) mit enger Anbindung an die *Unia Polityki Realnej* (UPR), eine Partei, die sich ebenfalls als liberal-konservativ verortet. Das Institut ist deutlicher als die anderen Institute auf der Rechten des politischen Spektrums angesiedelt und hat damit eine Brückenfunktion zwischen Polens national-christlich-konservativer Strömung und den stärker westlich orientierten Liberalen. Das ILK gibt als Ziel an: »die Propagierung der Ideen des Liberalismus und Konservatismus über die Durchführung von Bildungs-, Informations- und Popularisierungstätigkeiten aller Art ... Dieser Bedarf ergibt sich daraus, daß im Lauf der vergangenen Jahrzehnte ... die angesprochenen Ideen konsequent eliminiert wurden ... Auch wurden die Ideen des Konservatismus und Liberalismus in den letzten Jahren ... von den Eliten der neuen Macht verfälscht und lächerlich gemacht. Diese Ideale erneut ins gesellschaftliche Bewußtsein Polens einzuführen, ist unverzichtbar für die Durchführung der Reformen, deren Krönung die Rückkehr Polens in die lateinische Zivilisation – die Zivilisation der Freiheit – sein muß, nicht verfälscht durch soziale Utopien.«¹⁴

Der Klassikerimport, den das ILK ebenfalls durch die Herausgabe von Übersetzungen der Bücher von *Hayek*, von *Mises*, *Sirico*, *David Friedman* sowie von Auszügen aus *The Freeman*, der Zeitschrift der konservativen US-Stiftung *Heritage*, betreibt, ähnelt dennoch den Aktivitäten der anderen Institute. In Fragen der Vermittlung zwischen Neoliberalismus und katholischer Kirche arbeitet das ILK mit dem Acton Institute zusammen, einem amerikanischen Think Tank »für das Studium von Religion und Freiheit«, dessen Ziel es ist, »das Verständnis für Marktprinzipien zu fördern und die ökonomische Freiheit zu ermutigen, die Möglichkeiten für alle schafft« (Selbstbeschreibung¹⁵). 1998 wurde eine gemeinsame Konferenz zum Thema »Ethik im Kapitalismus« durchgeführt. Andere Institute, mit denen ILK kooperiert, stammen aus dem prominenten konservativen Spektrum: ATLAS Foundation, Cato Institute, Citizens for a Sound Economy, Foundation for Economic Education, Fraser Institute, Institute for Humane Studies,

14 <http://www.platon.man-lublin.pl/~ilk/info.htm> (zitiert am 15. Oktober 2000).

15 <http://www.acton.org/institute/index.html> (zitiert am 20. Februar 2001)

International Society for Individual Liberty, Laissez Faire Books, Lithuanian Free Market Institute.

Neben den hier (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) vorgestellten Think Tanks seien hier noch einige andere wichtige neoliberale Institutionen erwähnt: einerseits die beiden Parteien UPR, die die konservativ-liberale Ecke abdecken, und die *Unia Wolności* (Freiheitsunion), die vor allem einen ökonomischen Liberalismus vertritt – durchaus auch in Abgrenzung beispielsweise vom konservativ-religiösen Spektrum –, aber auch die Brücke zu den liberal-demokratischen Teilen der ehemaligen Solidarność-Opposition schlägt. Nach der kürzlichen Neugründung einer »Bürgerplattform« ist das politische Spektrum, das bisher von der *Unia Wolności* abgedeckt wurde, gespalten und weitere Umstrukturierungen der politischen Szene sind wahrscheinlich.

Ein anderes wichtiges Standbein sind Medien, in deren Diskursen neoliberale Positionen durchgängig dominieren. Die Wochenzeitung *wprost* ist ein gutes Beispiel für ein Blatt, dessen Kommentare zu wirtschaftspolitischen Fragen sich auf die einfache Formel »Mehr Markt macht's besser« bringen lassen. Sie bietet *Balcerowicz* regelmäßig eine Tribüne für eine Kolumne und druckt gelegentlich Interviews mit *Rose* und *Milton Friedman* und anderen »Größen« ab.¹⁶

Funktionen und Bedeutung neoliberaler Think Tanks in Polen

Trotz mehrfacher Regierungswechsel im Lauf der vergangenen zehn Jahre sind die Grundsätze des neoliberalen Transformationskurses – monetaristische Wirtschaftspolitik, weitgehender Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der Sozialpolitik, weitgehende binnenwirtschaftliche Liberalisierung und Integration in den Weltmarkt, letztere vor allem in Form der angestrebten EU-Integration – von den politischen Eliten der jeweils herrschenden Lager nie in Frage gestellt worden.¹⁷

Diese Kontinuität ist sicherlich teilweise dem starken Einfluß von westlichem Druck und westlicher Beratungstätigkeit zuzuschreiben. Insbesondere der nunmehr institutionalisierte Prozeß der Anpassung an den *acquis communautaire* der Europäischen Union, der vor dem Beitritt abgeschlossen sein muß, ist in den letzten Jahren eine der entscheidenden Determinanten der polnischen Politik in fast allen Bereichen geworden. Eine Analyse, die die polnische Politik als von außen diktiert begreift, verkennt jedoch die Tatsache, daß die polnischen Intellektuellen und politischen Eliten selbst diesen Prozeß mit Entschiedenheit betreiben, wie der oben erwähnte *Modzetewski* es beschrieben hat.¹⁸

Die »unabhängigen« Forschungsinstitute erfüllen dabei mehrere Funktionen, die sich zum Teil von ähnlichen Institutionen in etablierten kapitalistischen Gesellschaften unterscheiden. Eine wichtige Aufgabe war die Popularisierung marktradikal orientierter Begriffe und Erklärungsmuster. In einer Situation, in der der gesellschaftliche Wandel umfassend und die alte Ordnung bis auf den Grund diskreditiert waren und somit neue Deutungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit sich schneller als sonst durchsetzen konnten, wurden der breiten Öffentlichkeit mit einfachen neoliberalen Formeln wichtige Orientierungspunkte nahegebracht. Diese hatten zudem den Vorzug, daß sie mit den Anforderungen, welche an Polen und seine Wirtschaftssub-

16 Das hindert fanatische Katholiken jedoch nicht daran, die Redakteure der Zeitung bei anderer Gelegenheit wegen eines angeblich blasphemischen Titels als Bolschewisten und Sowjets zu beschimpfen.

17 Angesichts der Gegenwehr verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen konnten diese Grundsätze jedoch nicht in ihrer ganzen Radikalität umgesetzt werden.

18 Mittels einer solchen Analyse gerät man auch politisch-praktisch schnell in die Nähe national-populistischer Kreise, die den Ausverkauf Polens und seiner national-katholischen Werte an den westlichen »Liberalismus« (in Form emanzipatorischer Bewegungen) und ans kosmopolitische Kapital beklagen.

jekte durch die Integration in eine transnationalisierte, neoliberal strukturierte Weltwirtschaft gestellt wurden, scheinbar punktgenau übereinstimmen.

Die Mitarbeiter (selten Mitarbeiterinnen) zumindest der großen Institute (soweit sie nicht prominente Parteivertreter sind) vermeiden dabei im allgemeinen eine politische Verortung. Vielmehr versuchen sie, sich als ›Experten‹ darzustellen, die unabhängig von parteipolitischem Hader ›gute‹ Politiklösungen anbieten. Daß ihre Analysen vielfach als quasi objektive Weltsicht akzeptiert und wiedergegeben werden, unterstreicht, in welchem Ausmaß marktliberale Vorstellungen zumindest in der publizistischen Öffentlichkeit Polens verbreitet sind.

Neben dieser allgemeinen Überzeugungsarbeit leisten die Institute aber auch vor allem einen großen Teil der Arbeit, das dürre Skelett der Schocktherapie im einzelnen mit neuen institutionellen und gesetzlichen Regelungen auszufüllen. Sie bearbeiten damit das vielfach zitierte Paradox, daß gerade in der Transformation eine Vielfalt (staatlicher) Regeln vonnöten ist, um der »unsichtbaren Hand« die rechten Werkzeuge an dieselbe zu geben.

Damit übernehmen sie auch einen Teil der Aufgaben der ehemals staatlichen Forschungsinstitute, deren Budgets und Ausstattung in den Jahren nach 1989 drastisch zurückgefahren wurden. Teilweise finden sich auch die Mitarbeiter eben dieser staatlichen Einrichtungen in den neuen nichtstaatlichen Instituten wieder.

Die Erarbeitung eigener theoretischer Beiträge steht bisher im Hintergrund. Angesichts der Chance, direkt in den politischen Prozeß einzugreifen, der Notwendigkeit, die neoliberale Transformation angesichts verschiedener Wellen sozialer Unruhe immer wieder neu ideologisch-propagandistisch abzustützen, sowie der vermeintlichen Klarheit darüber, was zu tun sei, wurden theoretische Auseinandersetzungen auf ›später‹ vertagt:

»So gibt es unter polnischen Ökonomen bislang auch kaum theoretisch-wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen solchen, die eher *Keynes* favorisieren, und anderen, die *Hayek* bevorzugen. Wyznikiewicz (vom IBnGR): ›In der realen Wirtschaft geschieht so viel, die Transformation ist so faszinierend, daß wir uns derartige Debatten für später aufheben.«¹⁹

Auch *Sachs* argumentierte noch 1993, daß angesichts der Aufgabe, erst einmal den allen westlichen Ländern gemeinsamen »common core of capitalist institutions« zu etablieren, die Unterschiede zwischen verschiedenen Modellen des skandinavischen, britischen oder deutschen Kapitalismus »can be put off until later«²⁰. Doch nicht nur die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern von *Keynes* oder *Hayek* blieb aus, auch die verschiedenen liberalen Strömungen untereinander sind (noch) wenig ausdifferenziert, so daß die Friedrich-Naumann-Stiftung Anfang der neunziger Jahre konstatierte: Das liberale Lager »zeichnet sich durch große organisatorische und programmatische Heterogenität sowie ein inkonsistentes oder kaum reflektiertes Liberalismus-Verständnis aus.«²¹ Weiter verbreitet als die Entwicklung eigenständiger Theoriebeiträge ist – wie oben gezeigt – das Bestreben, westliche Neoliberale einem polnischen Publikum zugänglich zu machen. Insofern dominiert also weiterhin die »Abhängigkeit« von den dominanten westlichen Ideen.

19 Polens großes Lexikon des Kapitalismus, Handelsblatt, vom 30. April/1. Mai 1999, S. 11.

20 Jeffrey Sachs: Poland's Jump in the Market Economy, Cambridge/London 1993, p. 5.

21 Hans-Georg Fleck, Ryszard Kolodziejczyk (Hg.): Liberale Traditionen in Polen, Warschau 1994.

Die internationale Vernetzung dient jedoch nicht ›nur‹ dem einseitigen Ideologietransfer. Gerade die polnische Schocktherapie (und ihr ›Erfolg‹ im Vergleich zu weniger radikalen Transformationskonzepten) wird von Marktradikalen auf der ganzen Welt als Beispiel für die Durchsetzung der Marktvernunft verkauft.

Daneben haben die internationalen Kontakte einen vielfältigen Nutzen für die neoliberalen Netzwerke in Polen. Schon allein die Konzeption von Think Tanks ist eine Anleihe an westliche Modelle und nimmt gelegentlich auch explizit darauf Bezug. Wie zum Teil oben schon deutlich wurde, sind diese Institute gerade in den Anfangsjahren massiv aus dem Ausland finanziert worden, teils gezielt von Institutionen des neoliberalen Netzwerkes, teils mit Geldern verschiedener westlicher Regierungen, die damit den Übergang zu ›Demokratie und Marktwirtschaft‹ und die Herausbildung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft unterstützen wollten. Daneben sind die internationalen Kontakte auch eine Prestige-Ressource, und auch die Möglichkeiten, den eigenen Mitarbeitern Auslandsaufenthalte zu vermitteln, erhöhen die Attraktivität der Institute für den Nachwuchs. Einer der wichtigsten Bereiche für diese internationalen Vernetzungen, der aber auch mit am schwersten zu untersuchen ist, ist die Koordination der neoliberalen Anstrengungen im Bereich der internationalen/europäischen Integration. Hier greifen die Strategien und Interessen ausländischer und polnischer Neoliberaler eng ineinander, die so ihre Forderungen und Politiken gegenseitig absichern können: Die Übertragung der neuen Regulationsmodi des *Lockean Heartland* (*van der Pijl*) als selbstregulierte Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn es eine genügend starke Strömung im Land selbst gibt, die sich dieses Ziel zu eigen macht. Diese wiederum nutzt den Rückhalt des »Sachzwanges« EU-Erweiterung für die Durchsetzung gesellschaftlich durchaus umstrittener Reformprojekte.

Der soziale Widerstand äußert sich an einzelnen Konflikten (Landwirtschaft, Gesundheitswesen) und auch in immer wieder wachsender Skepsis zum Beispiel am EU-Projekt. Er findet bisher jedoch nicht zu einer wirklichen Gegenbewegung (wozu ihm auch offensichtlich die Partner jenseits der polnischen Grenzen fehlen). Dennoch wird er – und die von ihm erzwungenen politischen Korrekturen – von Neoliberalen wie dem eingangs zitierten *Donald Tusk* für die vorhandenen Probleme (die niemals als Verteilungsprobleme, sondern vor allem als Probleme mangelnder Rechtssicherheit und eines überdimensionierten schlecht funktionierenden Staates dargestellt werden) verantwortlich gemacht, nach dem Muster »der Neoliberalismus kann nicht schuld sein, denn den wahren Neoliberalismus habt ihr noch gar nicht gesehen.« Das kann durchaus auch als Drohung aufgefaßt werden, denn *Tusk* wird unter anderem auch mit der Äußerung zitiert, er ziehe einen Kapitalismus ohne Demokratie einem demokratisch gewählten Sozialismus vor, wobei er sich durchaus positiv auf *Franco* und *Pinochet* bezieht.

Neoliberale Fanatiker wie *Tusk* werden dauerhaft immer wieder enttäuscht werden. Die Welt, auch die polnische Transformation, funktioniert einfach nicht *according to Hayek*. Das hindert die pragmatischen Teile der selbst ernannten liberalen Konterrevolution in Polen bisher jedoch nicht an der weiteren Verfolgung ihrer Ziele.

Literatur

- CIPE, Center for International Private Enterprise (1996): *Invigorating Democracy: Think Tanks in Central Europe. International Comparison and Practical Tools*, Washington D.C.
- Fedorowicz, Jacek (1997): *Wielka Encyklopedia Kapitalizmu*, (CAS), Warszawa.
- Fleck, Hans-Georg, Ryszard Kolodziejczyk, (1994, Hg.): *Liberalne Tradycje w Polsce*, Warszawa.
- Karol Modzelewski (1993): *Dokąd od komunizmu*, Warszawa.
- Lagowski, Bronisław (1994): *Liberalna kontrowersja*, (CAS), Warszawa.
- Lewandowski, Janusz (1991): *Liberalizm wobec współczesności*. Wydanie drugie, Gdynia.
- Plehwe, Dieter/Walpen Bernhard (1999): *Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus*, in: *Prokla*, Nr. 115, Juni 1999, S. 203-235.
- Projektgruppe »Buena Vista Neoliberal?« (Dieter Plehwe; Bernhard Walpen; Jürgen Nordmann): *Neoliberale Wahrheitspolitik: Neo- beziehungsweise Rechtsliberale Intellektuellen- und Think-Tank-Netzwerke als Säulen einer hegemonialen Konstellation*, <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Stiftung/Bereiche/Forschung/index.htm>.
- Sachs Jeffrey (1993): *Poland's Jump in the Market Economy*, Cambridge/London.
- Struyk, Raymond J. (1999): *Reconstructive Critics. Think Tanks in Post-Soviet Bloc Democracies*, Washington D.C.
- Szacki, Jerzy (1995): *Liberalism after Communism*, Budapest, London, New York.